

Eine religionspolitische Rede

unter Bezugnahme auf Römer 12,21 – 13,8

am 19. April 2009

in der Marienkirche zu Berlin

Der Text, auf den ich mich in meiner religionspolitischen Rede beziehen werde, findet sich im Brief des Paulus an die Römer im 12. und im 13. Kapitel.

„Lass Dich vom Schlechten nicht besiegen, sondern besiege das Schlechte durch das Gute. Jedermann sei der Obrigkeit untertan, die Macht über ihn hat. Denn es gibt keine Obrigkeit, die nicht von Gott gegeben wäre. Die, die jetzt besteht, ist von Gott eingesetzt. Wer sich gegen die Obrigkeit auflehnt, der widersetzt sich der Anordnung Gottes. Die sich aber widersetzen, werden ihr Urteil empfangen. Denn nicht die gute Tat muss die Machthaber fürchten, sondern die böse.

Willst Du die Obrigkeit nicht fürchten müssen? Dann tue das Gute – und du wirst bei ihr Anerkennung finden! Denn Gottes Dienerin ist sie – zu deinem Besten. Tust Du jedoch das Böse, dann fürchte dich! Denn nicht umsonst trägt sie das Schwert; im Dienst Gottes steht sie, beauftragt, den zu bestrafen, der das Böse tut. Darum ist es notwendig, sich unterzuordnen, nicht bloß aus Angst vor Strafe, sondern wegen eurer Gewissen. Deshalb zahlt ihr ja auch Steuern. Es sind Beamte Gottes, die dazu bestellt sind, ihren Dienst zu verrichten. Gebt allen, was ihr ihnen

schuldig seid: Steuern, wem ihr Steuern schuldet, Zoll, wem ihr Zoll schuldet, Respekt, wem ihr Respekt schuldet, Ehre, wem ihr Ehre schuldet. Bleibt niemandem etwas schuldig, außer dass ihr einander liebt. Denn wer den andern liebt, der hat das Gesetz erfüllt.

Liebe Gemeinde,

da beißt die Maus keinen Faden ab: Klaus Wowereit ist für Berliner Christen eine von Gott gegebene Obrigkeit. Er ist ein Beamter Gottes, – zu unserem Besten. So sähe das der Apostel Paulus, wäre er heute unter uns. Und er sagte noch mehr: Jedermann sei der Obrigkeit untertan! Würde sich Paulus also den „Christen pro Ethik“ anschließen? Denn zweifellos sind die „Christen pro Ethik“ dem Regierenden Bürgermeister gegenüber untertäniger als diejenigen, die gegen den Willen der Mehrheit der Volksvertreter eine andere schulische Religionspolitik durchsetzen wollen. Die „Christen pro Ethik“ betonen den Minderheitenstatus der Christen in Berlin und dass man seinen Glauben anderen nicht aufzwingen dürfe. „Wer sich gegen die Obrigkeit auflehnt, der widersetzt sich den Anordnungen Gottes.“ – das sind die Worte des Apostels mit einem kleinasiatischen, wir würden heute sagen: mit einem türkischen Migrationshintergrund.

„Sklavenmoral!“ hatte Friedrich Nietzsche empört gerufen und zur dionysischen Befreiung vom Joch des Christentums aufgerufen. Und tatsächlich kann man auf den ersten Blick Römer 13 als eine Aufforderung

zu doppeltem Masochismus lesen. Paulus fordert ja nicht nur, dass wir der Obrigkeit untertan sein sollen, wenn diese ihrerseits nach dem Gesetz Gottes handelt. Nein, sie ist auch dann von Gott eingesetzt, wenn sie *gegen* Gottes Gesetz handelt. Unmissverständlich heißt es: „Die, die jetzt besteht, ist von Gott eingesetzt.“ Punkt. Ob wir Wowereits antibürgerliche Situationsintelligenz schätzen oder nicht, ob der Staat Freiheitsrecht mit Füßen tritt oder nicht, ja selbst: ob er Christen diskriminiert oder nicht: er ist die von Gott eingesetzte Obrigkeit, mit der Christen so oder so leben müssen. So ist Paulus Jahrhunderte lang verstanden worden. Mit dieser Grammatik definieren Christen ihre politische Existenz bis heute. Dem Subversiven, dem Revolutionären dieser Untertänigkeitsforderung kommt man nicht so leicht auf die Spur. Versuchen wir es trotzdem!

Römer 13 hat über die Jahrhunderte Christen zu guten Staatsbürgern geformt. Dieses zivilgesellschaftliche Potential haben kluge Regierende erkannt und es sich zunutze gemacht. Das klassische Beispiel dafür sind die USA. Weniger kluge Regierungen zettelten Kulturkämpfe gegen die Religionen an – und waren mittelfristig stets die Verlierer. Wenn Politiker aus den letzten 150 Jahren eine religionspolitische Lehre ziehen wollen, dann die, dass ohne oder gar gegen Christen in der sogenannten „westlichen Welt“ auf Dauer kein Staat zu machen ist.

Denn Christen, die ihren Paulus ernst nehmen, sehen im Politischen eine Anordnung Gottes. Dass führt aber in einem demokratischen

Gemeinwesen gerade nicht dazu, dass sich die Christen aus dem politischen Geschäft heraushalten. Ganz im Gegenteil! Im Deutschen Bundestag sind überdurchschnittlich viele Christen vertreten. Aber auch die politikwissenschaftlichen Analysen zum Wahlverhalten der Deutschen sprechen eine deutliche Sprache: Christen machen von ihrem Wahlrecht weitaus häufiger Gebrauch als Nichtchristen. Gerade weil Christen – mit Paulus – im Politischen eine Anordnung Gottes sehen, ist ihre Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit besonders hoch. Untertänigkeit als Partizipationsbereitschaft; Untertänigkeit als zivilgesellschaftliches Engagement.

Ohne engagierte Christen ist auch in Deutschland kein Staat zu machen. Das sage ich nicht triumphalistisch, sondern meine es streng statistisch. Vergleicht man die Kirchenmitgliedschaft in Deutschland mit der Parteimitgliedschaft, dann stellt man fest, dass knapp 3% der Deutschen einer Partei angehören, aber etwa 66% einer Kirche. In Berlin kommen alle Parteien zusammen genommen auf einen Mitgliederbestand von 45.000. Es gibt in Berlin aber 1,2 Millionen Christen. Auf ein Parteimitglied kommen 26 Kirchenmitglieder. Die Parteien nennen sich trotzdem munter und ungeniert „Volksparteien“ – viele Christen hingegen halten sich für eine verschwindend kleine Minderheit. Ein bemerkenswertes Missverhältnis.

Die Parteien sind auf die Kirchen als einem ihrer wichtigsten zivilgesellschaftlichen Partner dringend angewiesen. Was motiviert dann eigentlich eine regierende Koalition in Berlin, sich eine so fundamentale Auseinandersetzung mit den Kirchen zu liefern? Politische Rationalität kann das Handeln nicht motiviert haben. Parteienforscher würden wahrscheinlich auf die Jahrzehnte währende Inselsituation Berlins hinweisen. Viele Berliner Parteigenossen halten ihre Partei immer noch für eine Weltanschauungspartei. Der Erfolg des bundesdeutschen politischen Systems beruhte aber ganz wesentlich darauf, dass sich die Weltanschauungsparteien der Weimarer Republik zu pragmatischen Parteien wandelten, die zwischen ihren Überzeugungen, Zielen und „Werten“ und einer konsensfähigen, rationalen, mehrheitsfähigen Politik zu unterscheiden verstanden. Man mache sich folgendes klar: Die jetzt regierende Berliner Koalition ist mit 4.000 weniger Stimmen an die Macht gekommen als jetzt für den Volksentscheid benötigt werden.

Es kann einen melancholisch stimmen, wenn man am Beginn des 21. Jahrhunderts die politische Linke und die Christen in einem Weltanschauungskampf verwickelt sieht. Der Philosoph Richard Rorty hat kurz vor seinem Tod einen bewegenden Essay mit dem Titel „Knospen, die sich niemals öffneten“ geschrieben. Er kommentiert darin die US-amerikanische „Social Gospel“-Bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts und stellt nicht ohne Melancholie fest: „Man kann sich ein 20. Jahrhundert vorstellen, in dem zwei Weltkriege und die große Depression vermieden,

die bolschewistische Revolution zusammengebrochen und Sozialdemokraten wie Eugene Debs und Jean Jaurès in höchste Ämter gewählt worden wären - dank des Engagements der christlichen Kirchen.“ Weil aber beide, die Linke und die Kirchen, nicht kooperierten, sondern die Konfrontation suchten, hätte das 20. Jahrhundert seinen katastrophalen Verlauf genommen. Müssen die Knospen der Kooperation für immer geschlossen bleiben? Steht das 21. Jahrhundert religionspolitisch unter einem Wiederholungszwang? Wird nun ein antagonistischer Gegensatz nicht mehr nur zwischen Christentum und Moderne, sondern auch zwischen Moderne und Islam aufgemacht? Und übersieht man dabei nicht gerade die Modernisierungspotentiale dieser Religionen, zumal dann, wenn diese selbst sich Bildungsprozessen aussetzen?

Der Wandel kann freilich nur bei uns selbst beginnen. Hält der Apostel Paulus einen religionspolitischen Rat für uns bereit? Sehen wir uns den Satz „Jedermann sei der Obrigkeit untertan“ noch einmal etwas genauer an:

Zweierlei ist bemerkenswert:

Nicht nur Christen, vielmehr *jedermann* soll sich als ein *zoon politikon*, als politisches Lebewesen verstehen. Wir sind aufeinander angewiesen und wir brauchen eine politische Ordnung unseres Zusammenlebens. Jeder Mensch wird in eine soziale Ordnung hinein geboren und lebt in ihr.

Gleichzeitig aber gilt, dass jede vorfindliche soziale und politische Ordnung

optimierungsfähig und reformbedürftig ist. *Politik ist Gestaltung des Wandels*. Dass jedermann sich in einer bestimmten Ordnung vorfindet – ihr also untertan ist -, heißt also noch lange nicht, dass diese Ordnung Ewigkeitscharakter hat. Dass jedermann der Obrigkeit untertan sein soll, heißt also zunächst nur, dass es sinnvoll ist, die politischen Realitäten anzuerkennen.

Ganz spannend wird es bei der Frage, wer denn eigentlich „die Obrigkeit“ ist. Klaus Wowereit und Walter Momper sind ja nur *Volksvertreter*. Die Obrigkeit ist das Volk selbst. Und um es noch konkreter zu formulieren: In einer Demokratie bin ich selbst „Obrigkeit“.

Ich selbst die Obrigkeit, der ich untertan sein soll? Ist das nicht Unsinn? Durchaus nicht! Ich selbst als politischer Souverän verlange von mir als frommem Christen, dass ich mich politischer Rationalität unterordne. Die Botschaft des Paulus auf demokratische Verhältnisse übertragen würde also lauten: „Ich selbst als Christ bin mir als Bürger insofern untertan, als ich in meinem politischen Handeln die Regeln und Prozeduren des Politischen respektiere.“ Ich unterscheide also zwischen meiner politischen und meiner christlichen Existenz. Nicht als religiöse Romantiker sollen wir auf dem politischen Feld agieren, sondern als ernst zu nehmende Bürgerinnen und Bürger – mit guten politischen Anliegen und Argumenten.

Paulus macht in unserem Text aber einen deutlichen Unterschied zwischen „jedermann“ und dem darüber hinaus zur Liebe verpflichteten Christenmenschen. Als Bürger haben wir wie jedermann nach den Regeln politischer Rationalität zu handeln. Aber als Christen haben wir eine darüber hinausgehende Verpflichtung! Die so häufig zitierten Verse Römer 1, 1-7 werden nämlich gerahmt von einer Aufforderung, wie wir sie auch aus der Bergpredigt Jesu kennen. Im Vers unmittelbar vor Römer 13, 1 heißt es: „Lass Dich vom Schlechten nicht besiegen, sondern besiege das Schlechte durch das Gute.“ Und im Vers 8 heißt es: „Bleibt niemandem etwas schuldig, außer dass ihr einander liebt. Denn wer den andern liebt, der hat das Gesetz erfüllt.“ Nicht die Furcht vor dem Gesetz, auch nicht blinder Gehorsam gegenüber den politischen Gesetzen kennzeichnet den Christenmenschen. Zwar unterwerfen sich Christen politischer Pragmatik, aber doch immer so, dass sie die transformative Kraft der Liebe in den politischen Prozess einzutragen versuchen.

Erinnern wir uns: in vielen Kirchen, Pfarrhäusern und Privatwohnungen engagierter Christen hier im Ostteil Berlins und in Leipzig wurde die „Revolution der Kerzen“ unter Einsatz des eigenen Lebens geplant und ins Werk gesetzt. Nicht in allen Kirchen und nicht in allen Pfarrhäusern wurde die revolutionäre Kraft der politischen Ethik des Paulus verstanden, geschweige denn in die Tat umgesetzt. Seine Botschaft ist letztlich beunruhigend subversiv: Verwickle dich nicht in kleinliches Parteiengezänk! Sondern überwinde das Schlechte durch das Gute! Die

Liebe als das Gesetz, das alle Grundgesetze dieser Welt übersteigt, ist der revolutionäre Mehrwert, der von Paulus in die politische Ethik eingetragen wurde. Seither geben Christen auch in der Politik keine Ruhe mehr – und sind gerade so gute Untertanen.

Wir sollen aus dieser subversiven Botschaft Kraft für die größeren und kleineren politischen Auseinandersetzungen schöpfen. In eine nicht so kleine, sondern geradezu epochale politische Auseinandersetzung sind wir – ob es uns gefällt oder nicht – in diesen Tagen in Berlin verwoben. Mit wie viel Hoffnung, Kraft und Mut gehen wir in diese letzte Woche vor dem Volksentscheid am kommenden Sonntag hinein? Immer wieder höre ich von Brüdern und Schwestern im Herrn im privaten Gespräch: „Ich glaube ja nicht daran, dass es klappt!“ „Ich bin skeptisch!“. „Das geht schief!“ Das klingt mir entschieden zu verzagt. Warum sind so viele so kleingläubig? Vom Thüringer Skiflugweltmeister Jens Weißflog habe ich mir den schönen Satz gemerkt: „Du kannst nur so weit fliegen, wie Du denkst, dass Du fliegen kannst!“ Ersetzen wir das Wort „denken“ mit dem Wort „glauben“ und das Wort „fliegen“ ganz allgemein mit „erreichen“, dann heißt der Satz: Du kannst nur so viel erreichen, wie Du glaubst, dass Du erreichen kannst.“

Kleinglaube, Verzagtheit, verhuschte Ängstlichkeit sind keine christlichen und auch keine politische Tugenden. So fröhlich Paulus den Regierenden Bürgermeisters von Berlin daran erinnern würde, dass er ein Beamter

Gottes ist, so engagiert würde er alle Christen in Berlin dazu aufrufen, die Qualität religiöser Bildung in Berlin nachhaltig zu verbessern. Wie heißt es doch in Römer 12,21, dem Vers, der dem 13. Kapitel sein Motto gibt:  
„Lass Dich vom Schlechten nicht besiegen, sondern besiege das Schlechte durch das Gute!“